

Hauptproblem: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Landtag erörtert den zu geringen Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung

Nur fünf Prozent der Direktoren in der Max-Planck-Gesellschaft sind Frauen. Nur die Hälfte von ihnen ist verheiratet (bei den Männern sind es 93 Prozent). Nur vier der Direktorinnen hätten Kinder. „Ein Armutszeugnis“, fand Marie-Theres Ley (CDU) bei der Erläuterung des Antrags ihrer Fraktion im Plenum vor einiger Zeit. Ihr Urteil setzte sie fort: Bei der Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung ist NRW „Schlusslicht“, im Vergleich der Bundesländer „nur schlechtes Mittelmaß“. Fazit des Antrags (Drs. 13/3806): „Wir müssen dringend die Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung ändern, damit Frauen ihre Chancen wahrnehmen können und das Potential der Frauen viel besser zum Tragen kommt und damit unserer Volkswirtschaft wichtige Ressourcen nicht verloren gehen.“

Man fange in NRW nicht bei Null an, hielt in der Plenardebatte Cornelia Tausch (SPD) der Opposition entgegen; vor Jahren schon seien wesentliche Schritte zur Frauenförderung in den Hochschulen getan worden. Seit 1986 gebe es etwa das Netzwerk Frauenforschung. Berufungskommissionen müssten an den Hochschulen zur Hälfte aus Frauen gebildet werden. Dies und anderes reichten aber nicht aus. Die Betreuung von Kindern von vier Monaten bis zu drei Jahren müsse an den Universitäten - und nicht irgendwo in der Stadt - gesichert werden, fand Brigitte Capune-Kitka (FDP). Frauen müssten an den Hochschulen auch ohne Einsatz der Ellenbogen und abseits von Seilschaften oder gegen den Widerstand „chauvinistischer Hochschulleitungen“ Karriere machen können.

Der anstehende Generationswechsel an den Hochschulen sollte genutzt werden, den Frauenanteil in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu erhöhen, schlug Dr. Ruth Katharina Seidl (GRÜNE) vor. Bis Ende 2009 würden 50 Prozent der jetzigen Professoren emeritiert: „Bei den anstehenden Neuberufungen müssen Frauen aus unserer Sicht vorrangig berücksichtigt werden.“ Die Hochschulen sollten mittelfristig auch Konzepte der Personalentwicklung erarbeiten müssen.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) lobte ausdrücklich die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei das Hauptproblem. In der Kinderbetreuung müsse man weiter kommen. Hier seien die Kommunen an den Hochschulstandorten gefragt.



Den Folgen des Luftverkehrs für die Umwelt ist im Forschungszentrum Jülich (FZJ) am Institut für Stratosphärische Chemie Dr. Martina Krämer (Bild) auf der Spur. Sie betreibt Grundlagenforschung zum Verstehen atmosphärischer Prozesse und geht unter anderem der Frage nach, welche Klima-Rückkopplungsprozesse die Kondensstreifen des Flugverkehrs in zehn bis zwölf Kilometern Höhe auslösen. Auf der Titelseite ist die Privatdozentin Dr. Ingar Janzik im Labor für pflanzliche Molekularbiologie des FZJ dabei zu erforschen, wie sich das Gas Ozon auf Pflanzen auswirkt. Die Düsseldorfer Juniorprofessorin arbeitet in Jülich am Thema „Regulation von Genen unter Ozonstress in Pflanzen“. Das FZJ ist die größte interdisziplinär ausgerichtete Forschungseinrichtung unter den 15 Helmholtz-Forschungszentren. Schwerpunkte der Forschung sind die Bereiche Materie, Energie, Information, Leben und Umwelt. Das Zentrum gilt in Sachen Chancengleichheitspolitik als Maßstab in der deutschen Forschungslandschaft. 2002 wurde es als einzige Forschungseinrichtung bereits zum zweiten Mal mit dem Prädikat „Total-E-Quality“ ausgezeichnet.

Foto: Schälte

„Karriereverzicht wegen der Kinder“ Ministerium legt dem Frauenausschuss aktuelle Daten vor

„Der Frauenanteil unter den Lehrenden und Forschenden in den Hochschulen Nordrhein-Westfalens steigt stetig an, aber er hat noch lange nicht die angestrebte Größenordnung erreicht. Deshalb sollen Maßnahmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen im Wissenschaftsbetrieb intensiviert werden.“

Dieses Fazit zog vor kurzem im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitzende Inge Howe, SPD) ein Sprecher des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung (MWF). Er nannte Zahlen, die zeigen, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2001 beim Anteil von Frauen an C3-Professuren (12 gegenüber 11,3 Prozent im Bund) und an C4-Professuren (8,4 gegenüber 7,7 Prozent) über dem Bundesdurchschnitt lag. Inzwischen ist der Anteil weiter gewachsen: 13,4 bei C3 und 9,3 Prozent bei C4-Professuren (2002). Besser noch die

Daten für die Gruppe der Junior-Professuren. Hier wurden 20 Prozent der Stellen von Frauen besetzt (12 von insgesamt 59).

Gründe für die Aufwärtsentwicklung werden in drei Bereichen gesehen: Zum einen in speziellen Fördermaßnahmen wie dem Lise-Meitner-Programm, zum anderen in der Steuerungswirkung bei der Vergabe von leistungsbezogenen Mitteln, die sich nach Fortschritten bei der Erfüllung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrags an den Hochschulen richtet. Ein dritter Punkt ist die Kinderbetreu-

ung an den Hochschulen. Hier macht das MWF zwar klar, dass die Hochschulen nicht mit zusätzlichen Mitteln für die Einrichtung von Betreuungsplätzen rechnen können. Das Ministerium werde aber in einer „Umfrage bestehende und geplante Kinderbetreuungsmodelle sowie deren Finanzierungsstrukturen ermitteln und anschließend besonders geeignete Modelle vorstellen“.

Und noch etwas anderes ist zu beachten. Wissenschaftlerinnen seien vor allem mit Wissenschaftlern verheiratet. Das bedeutet einer Untersuchung zufolge „entweder Karriereverzicht eines Partners oder Verzicht auf gemeinsame Kinderbetreuung. In der Regel sind es dann die Frauen, die Karriereverzicht leisten oder durch doppelte Haushaltsführung zu faktisch Alleinerziehenden werden. Dieses Thema will sich das MWF annehmen“.

Bis es hier Klarheit gibt, kümmert sich eine Arbeitsgruppe aus Rektoren und Kanzlern um die aktuellen Probleme. Ihre Vorschläge sollen in einen Aktionsplan einmünden, den die Ministerin dann dem Landtag vorstellen wird.